



LOKALE BEILAGE FÜR MARZAHN-HELLERSDORF



ZUR NEUEN REGIERUNG

Nach dem Fehlstart der Regierung durch das Misstrauensvotum gegen Merz wird die Koalition aus dem Wahlbetrüger Merz und dem Wahlverlierer SPD keine positiven Veränderungen für das Land und die Bürger bringen – der Koalitionsvertrag ist ein vorprogrammiertes ‚Weiter-so‘: weiterhin zig Milliarden Steuergeld für die Versorgung illegaler Migranten, die auf ihrem Weg ins Sozialparadies Deutschland schon durch etliche sichere Zwischenstaaten gezogen sind; weiterhin wird die deutsche Staatsbürgerschaft nach nur fünf Jahren verschenkt sowie der Doppelpass akzeptiert (die Bewerber müssen sich nicht eindeutig für die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden). Hinzu kommt die Billionen-Verschuldung auf Generationen hin nur dafür, dass Merz in seiner Koalition so recht aus dem Vollen regieren und andere Staaten beschenken kann. Drei Viertel der Deutschen glauben nicht mehr an wirkliche Meinungsfreiheit hier-

zulande, aber die Finanzierung linker Aktivisten-Organisationen (unter dem Deckmäntelchen der Demokratie-Förderung) soll ungebremst weitergehen – genauso wie die verheerende Deindustrialisierung durch die sog. Energiewende. Und weiterhin sollen regelmäßig zweistellige Milliardenbeträge in die Ukraine verschenkt werden ohne den geringsten zwingenden Grund, der im Interesse Deutschlands läge; Friedensbemühungen: Fehlanzeige. Und wieder keine Politik für die Menschen hierzulande – die gibt es nur mit der AfD und für eine solche Politik werde ich mich einsetzen.

Ihr
Direktkandidat
im Bundestag für
Marzahn-Hellersdorf



Dr. Gottfried Curio

DIE BOCKWINDMÜHLE IN ALT-MARZAHN Handwerk und Tradition mitten im Bezirk

Vom Korn zum Mehl und zusammen zum Brot, das gibt es hier, Tradition und Handwerk vereint, an jedem Donnerstag von 14:00 - 18:00 Uhr (April - Oktober). Zu Pfingsten, am 09. Juni 2025, feiert die Mühle den deutschen Mühlentag - von 11:00 - 18:00 Uhr. Am 21. Juni 2025 wird die Sommersonnenwende hier gefeiert. Die Mühle sagt jedem:

Herzlich willkommen!



AUSGETRICKST! Nach Merz kommt April, April!



Was ist unsere Demokratie noch wert, wenn der demokratische Wille eines großen Teils der Wähler durch eine politische Brandmauer ignoriert wird?

Was ist ein Wahlprogramm noch wert, wenn zentrale Versprechen nach der Wahl plötzlich bedeutungslos sind? Und was sind Gesetze noch wert, wenn sie – je nach politischer Lage – flexibel angepasst werden, nur um Posten zu sichern und Machtverhältnisse zu stabilisieren?

Die ehrliche Antwort: nicht viel. Vielleicht gar nichts mehr.

Doch einige Wähler haben daran geglaubt und gehofft. Nun ist die Enttäuschung groß – und die Ernüchterung bitter.

Doch: **Hoffnung besteht.**

Neue Wahlen kommen – und mit ihnen die Chance, echte Veränderungen herbeizuführen.

Die AfD ist bereit, Verantwortung zu übernehmen.





Unsere direkt gewählte Abgeordnete:

Jeannette Auricht

Draußen ist gefährlich - keiner fragt warum

Was Mädchen nicht sagen dürfen

Am 3. April hatten wir im Rahmen des Girls' Day zehn Schülerinnen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren im Berliner Abgeordnetenhaus zu Gast. Der Tag war eigentlich gedacht, um Einblicke in den politischen Alltag zu geben. Was wir aber zu hören bekamen, war kein politisches Interesse im klassischen Sinne – sondern ein stiller Hilferuf.

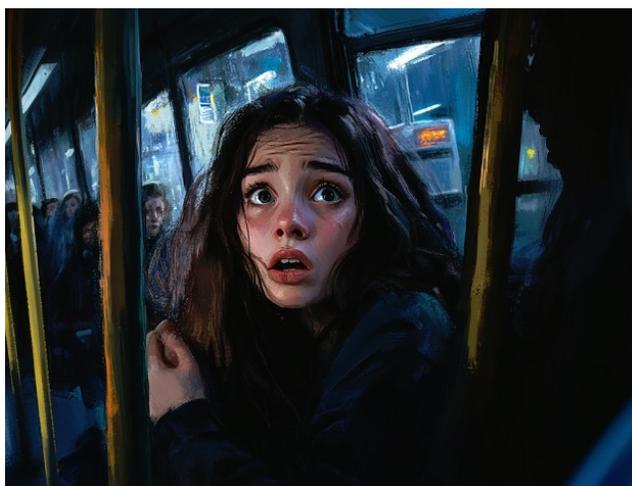
Diese jungen Mädchen erzählten uns offen, aber mit sichtbarer Zurückhaltung, wie sie ihren Alltag in Berlin erleben. Sie berichteten von Angst – und von Unsicherheit. Nicht aus Angst vor Prüfungen, sondern vor etwas viel Grundsätzlicherem: dem ganz normalen Weg nach Hause.

Sie sagten, dass sie abends nicht mehr allein raus dürfen, dass sie den Bus meiden, dass sie nicht mehr zum Training gehen, wenn die Eltern sie nicht fahren können. Zu gefährlich, sagten sie. Und wenn sie doch unterwegs sind, passiert es immer wieder: unangenehme Begegnungen, ekelhafte Blicke, zu nahe Körper, fremde Hände an Stellen, an die niemand greifen darf.



Ein Mädchen sagte leise: „**Ich wurde im Bus begripscht. Da war es voll. Ich konnte nichts machen.**“

Diese Aussagen waren keine Ausnahmen. Und sie sagten noch etwas viel Erschütternderes:



„**Wir wissen, von wem das kommt – aber wir dürfen es nicht sagen. Sonst sind wir gleich rassistisch.**“

In der Schule, so erklärten sie, dürfe man bestimmte Themen nicht ansprechen – aus Angst vor Ausgrenzung. Es war nicht nur die Angst vor Übergriffen, die in ihren Stimmen lag – sondern die Angst, überhaupt darüber zu sprechen.

Diese Mädchen mussten flüstern, um die Wahrheit sagen zu können. Und das im Jahr 2025. In der deutschen Hauptstadt.

Wir Erwachsenen saßen sprachlos da. Mit einem Kloß im Hals. Und

mit Wut im Bauch. Denn was hier sichtbar wurde, ist ein politisches und gesellschaftliches Totalversagen.

Was nützen Gleichstellungspläne, wenn 15-jährige Mädchen sich nicht mehr sicher zur Bushaltestelle trauen?

Was nützen Sonntagsreden über Frauenrechte, wenn Schülerinnen lernen, dass man besser schweigt, wenn man nicht ausgeschlossen werden will?

Wir haben diesen Mädchen zugehört – und wir werden sie nicht vergessen. Denn es darf nicht sein, dass Kinder den öffentlichen Raum zurückerobern müssen, den wir längst aufgegeben haben.

Und es darf schon gar nicht sein, dass diejenigen, die Missstände benennen, mehr zu befürchten haben als die, die sie verursachen.

Wir werden diese Stimmen hörbar machen.

Wir werden hinsehen. Wir werden handeln.

Denn:

Die Sicherheit unserer Kinder steht über jeder Ideologie.

Jeannette Auricht
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Fachpolitische Sprecherin für
Arbeits- und Sozialpolitik sowie
Gleichstellung

Liebe Mädchen, Frauen, Mütter –

durch Eure Berichte bin ich auf etwas aufmerksam geworden, das nicht länger stillschweigend hingenommen werden darf. Was einige von Euch erleben müssen, ist erschütternd – und nicht akzeptabel.

Ich höre zu. Ich nehme Euch ernst. Ich bin da. Wenn Ihr betroffen seid oder jemanden kennt – meldet Euch bei mir. Absolut vertraulich. Wir lassen uns nichts gefallen. Eure Jeannette Auricht.

Email: auricht@afd-fraktion.berlin

Telefon: 030 7623 9809



Jeannette Auricht MdB

Ihre direkt gewählte Abgeordnete für
Hellersdorf
Telefon: 030 / 76239809
Email: auricht@afd-fraktion.berlin
Internet: www.jeannette-auricht.de
Sprechstunden nach vorheriger
Vereinbarung.



Unser direkt gewählter Abgeordneter: **Gunnar Lindemann** **Mehr für Marzahn!**



Liebe Marzahn-Hellersdorfer, liebe Nachbarn,

seit nunmehr fast neun Jahren vertrete ich unseren schönen Kiez Marzahn-Nord im Berliner Abgeordnetenhaus und gebe Ihnen dort eine Stimme.

Auch wenn unsere AfD-Fraktion gegenwärtig in der Opposition ist, konnten wir doch das eine oder andere für Sie erreichen: Beispielsweise wurde der Radweg zwischen Barnimplatz und Wuhletalstraße endlich modernisiert.



Ebenso wurde der Clara-Zetkin-Park saniert und die Fußgängerbrücke vom Eastgate zum S-Bahn Bahnhof Marzahn bis



zum Friedhofseingang verlängert. Auch die Jugendverkehrsschule, die 2015 bereits geschlossen wurde, konnten wir finanziell im Bezirk stabilisieren, so dass diese weiterhin für unsere Kinder geöffnet ist. Bei kleineren Problemen, wie defekte Aufzüge in städtischen Wohnhäusern oder bei der mangelnden Müllabfuhr und dem



damit verbundenen Rattenproblem konnten wir für die Menschen hier Abhilfe schaffen. Auch haben wir die schlimmsten Ideen der Altparteien, zumindest bisher, verhindert, wie beispielsweise die Zerschneidung des Wohngebietes Marzahn-Nord durch die seit über 30 Jahren geplante Ortsumfahrung Ahrensfelde.

Es gibt noch viel zu tun bei uns im schönen Marzahner Norden. Beispielsweise bei der Verkehrspolitik. Die Fertigstellung der Wuhletalbrücke an der Märkischen Allee wird vom Senat immer weiter vertrödeln. Viele Straßen sind in einem desolaten Zustand. Auch brauchen wir endlich eine echte Ortsumfahrung Ahrensfelde, im Idealfall vollständig untertunnelt. Der Berliner Senat gibt inzwischen über 5 Millionen Euro täglich für illegale Migranten aus. Das bedeutet: Geld ist genug da. Nur muss es jetzt auch für die Interessen der Menschen in Marzahn

eingesetzt werden.

Die Verdichtung der Wohngebiete ist ebenfalls ein andauerndes Problem, das wir konsequent anpacken. Wir wollen unsere Grünflächen erhalten, anstatt überall neue Betonklötze für die Gäste der Altparteien zu schaffen, wie Senat und Bezirkssamt es jetzt beispielsweise an der Kleblattpassage beabsichtigen. Auch muss die Versorgung mit Schul- und Kitaplätzen für unsere Marzahner Kinder endlich gesichert werden, genauso wie die wohnortnahe Verfügbarkeit von Haus- und Fachärzten.

Ich lebe mitten im schönen Norden Marzahns und werde mich selbstverständlich auch weiterhin dafür einsetzen, dass unser Marzahn lebenswert bleibt. Natürlich gebe ich Ihnen auch zukünftig eine Stimme im Berliner Abgeordnetenhaus. Wenn Sie Probleme entdecken, schreiben Sie mir.

Es grüßt sie herzlich

Ihr Gunnar Lindemann MDA



Gunnar N. Lindemann MDA

Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Marzahn.
Telefon: 030 / 52686873
Email: afd.buero.lindemann@gmail.com
Internet: www.gunnar-lindemann.de
Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.

Jeden Montag um 18 Uhr Online-Sprechstunde auf YouTube. Scannen Sie den QR-Code, der Sie zum YouTube Kanal führt. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.



Unsere Fraktion in der BVV

Hochhausneubau in Marzahn. Anwohner wehren sich!

Anfang Februar dieses Jahres wurde im bezirklichen Ausschuss für Stadtentwicklung über den Einwohnerantrag von Bewohnern einer Einfamilienhaussiedlung an der Allee der Kosmonauten beraten. Die Bürger hatten eine Initiative gegründet und über 1000 Unterschriften gesammelt, um diesen Antrag überhaupt stellen zu können.

Worum geht es in ihrem Antrag? Eigentlich um ganz normales Verwaltungshandeln. Nämlich darum, dass das Bezirksamt seiner Pflicht nachkommt, einen sinnvollen Bebauungsplan zu erstellen, bevor man den Anwohnern ein Hochhaus vor die Fenster klotzt.

Im konkreten Fall wurde dem Bauträger ein Bauvorbescheid erteilt, ohne dass es für das Areal einen Bebauungsplan gibt. Die Anwohner befürchten nun zu Recht eine Verschattung ihrer Grundstücke, verbunden mit einer daraus folgenden Wertminderung.

Die CDU-Fraktion versuchte erfolglos, den Einwohnerantrag zu verwässern, indem sie den Passus hinzugefügt sehen wollte, dass der Bebauungsplan nur dann erstellt wird, wenn durch evtl. Bauverzögerungen keine Entschädigung an den



Bauträger gezahlt werden muss. Die Bürgerinitiative hat das ebenso abgelehnt, wie die Vertreter der AfD bei der Abstimmung im Ausschuss. Diese von der CDU gewünschte Änderung war insofern nicht erfolgreich.

Bei der anschließenden Abstimmung über den Ursprungsantrag hat die CDU sich dann enthalten, während alle anderen Parteien dem Einwohnerantrag zugestimmt haben. Die Bürger waren insofern erfolgreich und ihr Antrag wird in der nächsten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung zur Abstimmung gestellt, wobei er auch hier positiv beschieden werden dürfte.

Bei diesem ganzen Vorgang rund um den fehlenden Bebauungsplan bleiben jedoch einige Fragen offen. In erster Linie konnte oder wollte die zuständige Stadträtin von der CDU die berechnete Frage nicht beantworten, welchen konkreten Hintergrund es wohl hatte, dass der Chef des Bauträgers die CDU-Bezirksbürgermeisterin Zivkovic vor ein paar Wochen auf einer fragwürdigen „Dienstreise“ nach Vietnam begleitet hat.

Am 20. März wurde der Einwohnerantrag in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung mehrheitlich beschlossen, wobei die CDU sich auch hier wieder enthalten hat. Unterm Strich bleibt die Erkenntnis, dass die Interessen der Marzahn-Hellersdorfer bei der CDU offenbar nicht die oberste Priorität haben. Die AfD-Fraktion steht uneingeschränkt hinter den Interessen der Anwohner.

Martin Koblichke



Am Bahnhof nichts Neues?



Der desolate Zustand des Bahnhofs Ahrensfelde ist seit Jahren immer wie-

der ein Thema. Besonders in Wahlkämpfen überschlagen sich SPD und Linke mit Willensbekundungen hinsichtlich einer Verbesserung der Gesamtsituation. Passiert ist seither allerdings nichts. Die bisherigen zahlreichen Anträge der AfD sind sowohl auf Landesebene als auch auf Bezirksebene von allen anderen Parteien grundsätzlich abgelehnt worden. Es hat den Anschein, dass seitens der Altparteien hier, von Wahlkampfversprechen abgesehen, keinerlei Interesse an einer Sanierung des

Bahnhofes besteht. Die AfD-Fraktion lässt jedoch nicht locker. Aktuell haben wir zwei weitere Anträge zum Bahnhof Ahrensfelde eingereicht. Zum einen geht es um die Installation von Abfahrtsanzeigen in der Überführung, zum anderen darum, dass der Eingang nicht weiterhin mit abgestellten Fahrrädern versperrt wird, um einen barrierefreien Zugang für mobilitätseingeschränkte Personen zu ermöglichen. Werden die Altparteien ihre Blockadehaltung endlich aufgeben und im Sinne der Anwohner handeln? Warten wir es ab.

Martin Koblichke

Impressum Lokalteil:
AfD Alternative für Deutschland
Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf
Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin
marzahn-hellersdorf@afd.berlin

Telefon: +49 (0) 30 220 56 96 22
Handy: +49 (0) 157 864 22 444
V.i.d.S.P.: Gunnar Lindemann
Quellennachweis: eigene, pixabay



Fraktion der AfD in der BVV von
Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8, 12681 Berlin
email@afd-fraktion-mahe.de
Telefon: 030 90293 5832

